

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen**  
**SPD                      Bündnis 90/DIE GRÜNEN                      FDP**

An den  
Landrat des Landkreises Kassel  
Herrn Uwe Schmidt  
Kreishaus  
Wilhelmshöher Allee 19-21  
34117 Kassel

Kassel, 18. April 2011

Sehr geehrter Herr Schmidt,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der konstituierenden Kreistagssitzung am 16. Mai 2011:

**Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung**

**Beschlussvorschlag:**

**Bei § 32 (1) der Geschäftsordnung wird Punkt f) „den Ausschuss zur Entwicklung der Region Kassel“ gestrichen.**

**Begründung:**

An dem Ziel, eine demokratisch verfasste Region Kassel zu bilden, die den Landkreis und die Stadt Kassel umfasst, wird festgehalten. Dies wird sowohl von der Kasseler Stadtverordnetenversammlung als auch vom Kreistag des Landkreises Kassel mit breiter Mehrheit getragen.

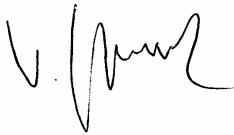
Der Ausschuss zur Entwicklung der Region hat seine „Hausaufgaben“ gemacht und den Zweckverband Raum Kassel mit wichtigen Aufgaben betraut. Gemeinsam mit den politischen Gremien in Stadt und Landkreis Kassel soll dieser durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen mit gesellschaftlichen Gruppierungen über die mit der Bildung der Region Kassel verbundenen Ziele und positiven Entwicklungen informieren und die Bevölkerung am Prozess der Regionsentstehung beteiligen, um so eine möglichst breite Zustimmung im politischen Raum und bei der Bevölkerung zu erreichen.

Die Entscheidungsträger auf Landesebene, insbesondere Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, blockieren eine Regionsentstehung und bezeichnen sie als isolierte Sonderlösung, die zu strukturellen Ungleichgewichten führe. Dies ist für uns unverständlich, denn im Vertrauen auf die Zusage von Bouffiers Amtsvorgänger, Roland Koch, „wenn die Mehrheit in der Region Kassel dies will, dann wird sich die Landesregierung dem nicht entgegen stellen“, hat

sich die gesamte Region Kassel in einem jahrelangen Prozess auf den Weg zu einem Regionalkreis gemacht.

Ein Ausschuss kostet Geld und Zeit und seine weitere Arbeit würde nur Sinn machen, wenn die derzeitige Landesregierung ihre Blockadehaltung aufgeben und konstruktiv im Hinblick auf das Kassel-Gesetz unterstützen würde. Auch bei der Stadt Kassel wurde daher auf die Einsetzung des analogen Ausschusses verzichtet. Bei einer Änderung der Rahmenbedingungen kann der Ausschuss jederzeit wieder eingesetzt werden, bis dahin kann der Haupt- und Finanzausschuss Angelegenheiten, die die Region betreffen, mit beraten.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Gottschalck  
**SPD**

gez. Stefanie Weinert  
**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

gez. Klaus-Dieter Säger  
**FDP**